

den bürgerlichen Alleinvertretungsanspruch in der Menschenrechtsfrage ein für allemal gebrochen hat, daß sie aber zugleich das Fundament war, auf dem sich eine Menschenrechtskonzeption herausbildete, die von der Überlegenheit des Sozialismus Zeugnis ablegt. Prof. Dr. Erich Buchholz, Humboldt-Universität Berlin, machte in seinem Diskussionsbeitrag deutlich, daß Lenin Recht und Gesetzlichkeit des Sozialismus begründete und wie sich seither bestimmte Grundlinien auch in der Rechtsordnung der DDR reflektieren.

Daß die Leninsche Staatskonzeption in hohem Maße eine Konzeption der staatlichen Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung ist, spiegelte sich in der Diskussion in vielfältiger Weise wider. So widmete sich Monika Werner, Bürgermeisterin von Hennigsdorf und Mitglied des Staatsrates der DDR, der schöpferischen Anwendung der Leninschen Lehre von den Sowjets. An der erfolgreichen Entwicklung der Industriestadt Hennigsdorf wies sie nach, wie die Stadtverordnetenversammlung diese Entwicklung leitet. In die gleiche Richtung zielten die Aussagen von Manfred Cappallo, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Magdeburg. Prof. Dr. Siegfried Petzold, ASR, reflektierte Leninsche Gedanken zur Entwicklung der Kommunen und arbeitete neue Anforderungen an die sozialistische Kommunalpolitik heraus. Dr. Helmut Meier, Institut für Theorie des Staates und des Rechts der AdW, trug theoretische Überlegungen zur weiteren Vervollkommnung der Tätigkeit der örtlichen Volksvertretungen vor.

Akademienmitglied Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer, Institut für Theorie des Staates und des Rechts der AdW, ging der Frage nach, wie Lenin das Verhältnis von Demokratie und Ökonomie sah und wie wir dieses Verhältnis heute — unter gänzlich veränderten Bedingungen auf dem Wege zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR — gestalten müssen. Dabei wies er u. a. nach, daß neue Bedingungen zu neuen Einsichten über die sozialistische Demokratie führen müssen und daß es dabei u. a. um mehr Raum für die Entfaltung der Individualität im Sozialismus geht. Zum Recht auf Arbeit als Grundlage sozialer Sicherheit sprach Prof. Dr. Wera Thiel, Humboldt-Universität Berlin. Sie legte dar, daß der Sozialismus dem Kapitalismus in dieser wichtigen Frage überlegen ist, machte aber zugleich darauf aufmerksam, daß bei uns vor allem die Anwendung des Leistungsprinzips im Arbeitsprozeß von Widersprüchen begleitet ist, die es auch mit Hilfe der Rechtswissenschaft zu lösen gilt.

Weitere Diskussionsmeldungen konnten aus Zeitgründen nicht berücksichtigt werden. Das betraf im einzelnen die Themen „Lenin zum gesamtstaatlichen Plan — Erfahrungen der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR“ (Prof. Dr. Gerhard Huber, ASR), „Große Sozialistische Oktoberrevolution, Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern und Verwirklichung des Leninschen Genossenschaftsplanes in der Landwirtschaft“ (Prof. Dr. Rolf Steding, ASR), „Neue Anforderungen an die Kader der sozialistischen Staatsapparates und ihre Aus- und Weiterbildung“ (Prof. Eberhard Wutschke, ASR), „Die Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration und die Rechtsentwicklung im RGW als Ausdruck des sozialistischen Internationalismus“ (Prof. Dr. Werner Knüpfer, ASR), „Friedensfördernde Zusammenarbeit und notwendiger Streit um ideologische Positionen“ (Prof. Dr. Joachim Misselwitz, ASR) sowie „Zum Einfluß der modernen Informationstechnologien auf die staatliche Leitung“ (Prof. Dr. Jürgen Stölzel, ASR). Diese Diskussionsbeiträge werden ebenfalls in dem von der ASR vorbereiteten Protokollband abgedruckt.

Die wissenschaftliche Konferenz machte — wie Prof. Dr. Horst Steeger im Schlußwort betonte — deutlich, daß die theoretische Erörterung von Grundfragen der Leninschen Staatskonzeption keineswegs nur von historischem Interesse ist, sondern eine fruchtbare Beschäftigung mit wichtigen Aspekten der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sein kann. Schließlich wurde auf der Konferenz von verschiedenen Seiten her begründet, daß die Staatsfrage in der Konzeption von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einen festen Platz einnimmt. Wenn auch kein Zweifel darüber bestehen kann, daß sich die Bedingungen und Anforderungen im Hinblick auf die sozialistische Staatsentwicklung in den 70 Jahren seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution grundlegend verändert haben und beträchtlich differenzierter und komplizierter geworden sind, so bleibt die Staatskonzeption Lenins in ihren Grundzügen und Hauptaussagen auch heute in der DDR — allerdings unter konsequenter Berücksichtigung nationaler und historischer Besonderheiten — prinzipiell anwendbar, da Lenin, auf den Schultern von Marx und Engels stehend, die Staatsfrage keineswegs nur auf die spezifische Situation in der russischen revolutionären Bewegung des Jahres 1917 und der unmittel-

Auszeichnungen

Vaterländischer Verdienstorden in Silber

Dr. Harri Harrland,
Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der DDR

Dr. Joachim Schlegel,
Oberrichter am Obersten Gericht

Prof. Dr. sc. Horst Steeger,
Rektor der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

Dr. Werner Teumer,
1. Sekretär der Parteileitung der SED an
der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

Vaterländischer Verdienstorden in Bronze

Gerhard Brandt,
ehern. Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR

Dr. Eva Hoffmann,
Mitarbeiterin im Amt für den Rechtsschutz des Vermögens
der DDR

Gerhard Jäschke,
ehern. Richtersinspekteur am Bezirksgericht Suhl

Christoph Kaiser,
Richter am Obersten Gericht

Dr. Rosemarie Klinkert,
Vertragsoberrichter beim Zentralen Vertragsgericht

Dr. Gerhard Köhler,
wiss. Mitarbeiter an der Akademie
für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

Dozent Dr. sc. Hans-Ullrich Kurzweg,
Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

Hans-Joachim Möller,
Direktor des Bezirksgerichts Neubrandenburg

Hermann Müller,
Staatsanwalt des Kreises Hagenow

Dr. Klaus Rubitzsch,
Staatsanwalt des Bezirks Karl-Marx-Stadt

Paula Schulz,
Staatsanwalt beim Staatsanwalt des Bezirks Gera

Dr. Wolfgang Seifart,
Abteilungsleiter beim Generalstaatsanwalt der DDR

Medaille für Verdienste in der Rechtspflege in Gold

Bruno Aisleben,
Richter am Kreisgericht der Stadt Halle

Kurt Daubitz,
Direktor des Kreisgerichts Mühlhausen

Paul Frommhold,
Oberrichter am Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt

Willy Hankel,
Stellvertreter des Direktors des Bezirksgerichts Halle

Rudolf Hiller,
Stellv. Abteilungsleiter beim Generalstaatsanwalt der DDR

Werner Kube,
Stellvertreter des Direktors des Bezirksgerichts Cottbus

Karl-Heinz Rakow,
Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt von Berlin

Prof. Dr. sc. Hans-Oskar Schützenmeister,
Direktor der Sektion Staats- und Rechtswissenschaft
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Goldenes Ehrenzeichen der Domowina

Dr. Helmut Keil,
Direktor des Bezirksgerichts Cottbus

(zum 75. Gründungstag der Domowina in Würdigung des Anteils der Justizorgane an der Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Nationalitätenpolitik im Bezirk Cottbus)

baren Folgezeit zugeschnitten, sondern als Problem der bewußten Verwirklichung der objektiven Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaftsentwicklung verstanden und analysiert hat.